

Mittel-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

1921 Nr. 83

Bezugspreis: Mit dem am 1. Oktober 1920 erhobenen Monatspreis Mk. 1,40, vierteljährlich Mk. 3,80, halbjährlich Mk. 7,20, jährlich Mk. 14,40. Die Post bezogen monatlich postal. Rechnung.

Morgenausgabe

Anzeigenpreis: Die erste Spalte kostet 1/10 des gewöhnlichen Preises. Der Rest 1/12. Bei 5 Spalten nur 1/15. Bei 10 Spalten nur 1/20. Bei 15 Spalten nur 1/25. Bei 20 Spalten nur 1/30. Bei 30 Spalten nur 1/40. Bei 40 Spalten nur 1/50. Bei 50 Spalten nur 1/60. Bei 60 Spalten nur 1/70. Bei 70 Spalten nur 1/80. Bei 80 Spalten nur 1/90. Bei 90 Spalten nur 1/100. Bei 100 Spalten nur 1/110. Bei 120 Spalten nur 1/120. Bei 150 Spalten nur 1/150. Bei 200 Spalten nur 1/200. Bei 300 Spalten nur 1/300. Bei 400 Spalten nur 1/400. Bei 500 Spalten nur 1/500. Bei 600 Spalten nur 1/600. Bei 700 Spalten nur 1/700. Bei 800 Spalten nur 1/800. Bei 900 Spalten nur 1/900. Bei 1000 Spalten nur 1/1000.

Sonnabend, 19. Februar

Schlesische Berlin: Fernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurant II. 3000
Eigene Berliner Schriftsetzer. — Der an a. Druck von Otto diehle Halle-Saale

Lord Georges "Pläne"

Lord George über den Nationalismus

Zunäherst verläuft der Unterhaushalt hier Lord George eine Rede, in der er ausführlich, in Mitteleuropa welche eine Entscheidung im Wandel. Die Wälder, die früher von England laufen, laufen jetzt anders, weil sie in England keine so guten Erträge bringen. Die Wälder Mitteleuropas sind für den Export von Holz wertlos. Die ganze Frage sei die Herstellung von 20 Millionen Pfund Sterling vorgehen, um Kredite für den Handel mit Europa zu beschaffen. Die Regierung habe erklärt, sie wolle 20 Prozent des Profits des Kohlenpreises des Reiches übernehmen, bis der private Händler nur 20 Prozent des Profits übernimmt, und diese 20 Prozent sollen ihm vorzuziehen werden. Die Regierung habe befürchtet, die Banken daran zu interessieren. Diese seien aber unter der Bedingung, dass das Geld vorzuziehen, wenn die Regierung das ganze abzunehmende Risiko übernehme. Lord George fährt fort, die Verwaltung der Arbeit zu neuen Millionen habe die Industrie und kommerzielle Märkte Europas in Unordnung gebracht. Berlin sei immer noch der Mittelpunkt für Deutschland und er glaube, die Deutschen müssten die Verantwortung für den Weltfrieden übernehmen. Lord George sagte, man finde ein wenig davon in Polen und anderen Ländern. Diese Länder erklärten, große Gebiete müssten militärisch zu ihnen gehören, da sie vor 500 Jahren einen Teil ihres Landes ausgemacht hätten. Lord George fährt fort, dass diese Gebiete militärisch nicht zu verteidigen seien. Lord George sagte, man finde ein wenig davon in Polen und anderen Ländern. Diese Länder erklärten, große Gebiete müssten militärisch zu ihnen gehören, da sie vor 500 Jahren einen Teil ihres Landes ausgemacht hätten. Lord George fährt fort, dass diese Gebiete militärisch nicht zu verteidigen seien. Lord George sagte, man finde ein wenig davon in Polen und anderen Ländern. Diese Länder erklärten, große Gebiete müssten militärisch zu ihnen gehören, da sie vor 500 Jahren einen Teil ihres Landes ausgemacht hätten.

Er weiter teilte er mit, daß die englische Regierung an die Hilfe jener 46 Personen, die in Deutschland unter Anführung gestellt worden seien, folgende Namen angegeben habe: Schiffskapitän Pagia, der ohne Warnung das Hospitalsschiff "Bombardier" verließ, Schiffskapitän Reumann, der das Hospitalsschiff "Donce-Cadet" und Schiffskapitän Werner, der den Dampfer "Lorraine" verließ. Ferner die Admirale mit Namen: Neumann, Müller, Geinge und Triente, die Geusenfischen an englischen Kriegsgefangenen begannen haben sollen.

Das Mitglied der Arbeiterpartei Thomas fragte, ob der Name des ehemaligen deutschen Kaisers sich ebenfalls auf dieser Liste von Kriegsverbrechern befände. Der Vorredner erwiderte mit dem Hinweis, daß der Friedensvertrag einen eigenen Artikel enthalte, der sich mit dem Verbot des Kaisers befaßt. Darauf erklärte Thomas, er spreche nicht vom Friedensvertrag, erinnere nur daran, was bei den letzten allgemeinen Wahlen verhandelt wurde. Auf seine Nachfrage wurde schließlich erklärt, daß sich der Name Hugo Stinnes auf seiner Liste befände, aus der Personen genannt sind, die im Kriegsbezugsamt Geusenfischen beschuldigt werden.

Die englischen Gewerkschaften gegen Paris

Der Parlamentsauschuß des Gewerkschaftsbundes und der All-England-Konferenz der Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland geforderte Entschädigung nicht gezahlt werden könne, auf eine noch malige Erwidrung des Vertrages der deutschen Entschädigung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, die Bedingungen des Friedensvertrages seien die Hauptursachen der angelegenen Gewerkschaft, da sie die wirtschaftliche Erholung der ruinirten Länder und die Wiederherstellung ihrer Kaufkraft verhindern. Der von Deutschland geforderte riesige Tribut werde die Fähigkeit des deutschen Volkes englische Waren zu verbrauchen, noch weiter vermindern. Die Entschädigung könne nur in Währungslohn, wenn ein wachsendes Deutschland 42 Jahre lang nur unbedeutend mangelnde Lebensbedürfnisse im Ausland kaufen dürfe. Dies bedeute, daß der englische Markt in Deutschland nicht wieder hergestellt werden könne, was zu einer Fortdauer der Arbeitslosigkeit führe. Der Verlust des Vertrauens zum wachsenden Deutschland als Folge lang nur unbedeutend mangelnde Lebensbedürfnisse im Ausland kaufen dürfe. Dies bedeute, daß der englische Markt in Deutschland nicht wieder hergestellt werden könne, was zu einer Fortdauer der Arbeitslosigkeit führe.

Amerika lehnt ab

Die "Times" melden aus New-York, daß eine neue Einleitung der Alliierten an die amerikanische Regierung zur Erhebung eines Vertrages zur Londoner Konferenz von Brüsselnen erneut abgelehnt wurde. Ein Einspruch Wilsons gegen die Pariser Vorschläge ist jedoch noch nicht erfolgt. Die amerikanische Regierung befaßt, ihren Vertreter in der Beherrschungs-Kommission, Bobson, abzurufen, wie sie schon vor einiger Zeit ihren Vertreter in der Pariser Konferenz abzurufen hatte. Der amerikanische Delegierte sollten etwas in der letzten Zeit nur mehr die Rolle eines Beobachters spielen.

mehrere Tage erfordern werden. Die Beratungen selbst sind natürlich streng vertraulich. Wie weiter gemeint wird, würden die Gegenproposale des Pariser Gegenstands der Vereinigten Staatenregierung und Parzellen sein. Die Gegenproposale werden kaum vor Ende der nächsten Woche fertig vorliegen. Es wird sich für Voraussetzung noch als notwendig erweisen, den Aufschub für eine erwärtliche Angelegenheiten im Laufe der nächsten Woche gleichfalls auszusprechen zu lassen.

Neuer Abbruch der Kabelkonferenz?

"Times" melden aus New-York, daß die internationale Vereinigungsmittelfonferenz, die am Freitag in Washington ihre Sitzungen wieder aufgenommen hat, wieder nicht zu einer Einigung in der Frage der Verkäuflichkeit über die vor mit abzuwickeln. Abhandlungen konnte und sich auf Montag verlagerte. Befehle aus Washington belegen, daß der Stillstand ebenso vollständig sei wie der, der den Abbruch der Konferenz vor mehreren Wochen zur Folge hatte. Die Vermutung, daß die Verkäuflichkeit die Ursache der Krise in den Verhandlungen, sowie bis normaler deutscher Kurs in Betracht kommen.

Ein Wort zum 20. Februar

Der 20. Februar naht heran, die Wahlen zum preussischen Landtage, zu den Provinziallandtagen und Kreistagen stehen vor der Tür. Von weltlich ungeheurer Bedeutung die Wahlen für unser deutsches Vaterland sind, das ist sich offenbar ein großer Teil des deutschen, vor allem aber des preussischen Volkes noch gar nicht bewußt. Im unser Preußen geht es in erster Linie, dessen Betrümmung den Untergang ganz Deutschlands zur Folge hätte. Preußen ist nicht, wie sich so manchmal ein in vaterlandlosem Geleite, der den Namen Deutscher nicht verdient, im Reichstage ausdrückt, von den Hohenzollern zusammengebracht worden. Preußen ist das Mutterland der Hohenzollern, deren geringfügige Fehler man jetzt breittreibt, deren Namen man sich nicht leihen mit Not zu bewahren, aber deren Taten und Werke man verdammte.

Friedrich der Große, den die Erlasse eines Konrad Händl nicht aus den Herzen der Jugend zu reißen vermögen, ist es vor allem gewesen, der uns das herrliche Preußen schenkt. Ist es da nun nicht geradezu ein Hohn, eine Entweihung, wenn ein jüdisch-demokratischer Parteiorgan das Bild dieses Hohenzollernfürsten veröffentlicht? Ganz gleich, ob als Annonce oder zu dem Zweck, Wahlpropaganda damit zu treiben, denn es vertritt sich doch allzu leicht, wenn auf der anderen Seite des Walfestes notwendig das Interat eines Gohn oder Dementthal dem Leser Waren aller Art anreizt. Es ist dies aber ein echt demokratischer Zug. Die Herren von der „sohnen Mittelstraße“, die erst immer abwarten, wie der Wind weht, haben zu ihrem größten Leidwesen feststellen müssen, daß trotz angeltrentenliben Überlatten der Knd noch rechtz unermüdlich ist. Nun aber versuchen sie noch zu retten, was sie retten können, ihren ihren Wählern das Unglaubliche vom Himmel herunter, malen ihnen das schreckliche Gespenst der Reaktion an die Wand und lassen, wenn alles nichts hilft, beide nationale Töne erklingen. Aber gerade, ihr Herren Demokraten, ihr werdet den Knd nach rechts, der trotz eurer Wahlmacht in letztem Wahlen begriffen ist, nicht mehr aufhalten. Der deutsche und preussische Bürger, der Klar denkt und eure Politik erkannt hat in all ihrer Verkommenheit und Verworfenheit, hat euch längst durchschaut; denn die Demokratische Partei hat ja mehrfach bewiesen, daß sie keine bürgerliche Partei und ebensowenig für ein einiges Preußen ist, wie die Linke, mit der sie lieblosig und brüderlich vereint die Straffe zieht, die zum Untergang des deutschen Bürgerturns und Vaterlandes führt. (Man erinnere sich der Vorgänge bei den Märzunruhen 1920.)

Ich erinnere mich da einer demokratischen Wähler-versammlung, die ich kurz nach Ausbruch der unglücklichen Novemberrevolution in meiner Heimatstadt, im städtischen Teile der Provinz Brandenburg, befaßte. Dort stritten sich Demokraten und Sozialdemokraten, wer dem deutschen Volke durch die Revolution die Befreiung vom „sozialistischen Joch“ gebracht hätte! Es war eine Schmach und Schande, und der Hölz fielen in mir empor, als ich sah, wie dort der Demokratenführer ein jüdischer Arzt (H.), in einem Gesprächsgegnen, dem demokratischen Stadtverordnetenvorsteher, fortwährend betonte, die Demokraten seien nicht mißlich gewesen, auch ihnen habe das deutsche Volk seine Freiheit zu danken. Welch schmachvolles Bekenntnis! Von dieser Partei, der wir die heutige Schicksalsrepublik mit zu verdanken haben, kommt uns Preußen und Deutschen das Heil nicht. Wenn die wilde sozialdemokratische Regierung am Ende steht, dann wird es weiter mit uns verhandeln, immer heifer werden wir ins Elend geraten. Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum haben den herrlichen Bismarckbau zerstört, ihre Herrschaft darf nicht länger dauern.

Darum: Los von internationalen Verbindungsgebanen, los von sozialdemokratischen Parteiringen! Wir wollen ein einiges Preußen haben, das von dem deutschen Staatsmannern regiert wird, die nicht unter der Fuchel ihrer Parteien, sondern über den Parteien stehen, die in Liebe zum Vaterland das Deutschtum mannhaltig nach innen und außen vertreten. Lange genug haben wir uns die jüdische und rote Wirtschaft gefallen lassen. Deutschland ist unsere Parole bei den kommenden Wahlen. Ihr deutschen Brüder und Schwestern in Stadt und Land, laßt die Wahlen ein machtvolleres Bekenntnis sein zum deutschen Nationalen Gedanken! Der will, daß wir ein einiges Preußen haben, daß diese unheilbaren Wirkstoffe im Vaterland endlich einmal aufhören, Ordnung und Ruhe wieder ins Vaterland herrlichen sollen, wer sein Vaterland liebt, der wähle am 20. Februar deutsch, der wähle national!

Die „Kriegsschuldigen“-Liste

In Unterhaushalt gab der General-Beauftragte Herr G. Gebert auf eine Anfrage von Herrn B. und Herr S. über die Verfassung einer „deutsche Kriegsbeschädigten“ eine lange Erklärung ab. In der er heißt, daß die deutsche Regierung keinerlei Mitteilung darüber erhalten, daß irgend einer der von ihr ausgesprochenen Fälle vor Gericht gebracht worden sei. Die deutschen Behörden hätten verschiedene technische Schwierigkeiten vorzutragen. Es ließe jedoch in diesem Widerspruch zu den Tatsachen, wenn erklärt würde, daß einige Fälle durch Unberechenbarkeit oder auf andere Weise beigelegt worden seien. Es sei ungewiss, ob die Politik der britischen Regierung, das Verbot gegen diese „Kriegsschuldigen“ zu erlassen, wenn sich das Reichstag nicht damit befaßt hätte. Dieser, auf jeden Fall bis Ende des bevorstehenden Jahres, habe man nicht tun können, da eine ungewisse Verzögerung der Angelegenheit für gefun haben habe. Herr G. Gebert sagte weiter, sowie er wisse, seien einige der beschuldigten deutschen Offiziere im Arrest.

Dorbereitung der deutschen Gegenproposale

Unter dem Vorsitz des Direktors Klaerner ist heute vornehmlich am Reichsministerium des Innern die Sachverständigenkonferenz zusammengetreten, um die Pariser Verhandlungen und die deutschen Gegenproposale zu beraten. Die Pariser Vertreter der demokratischen Parteien und der Reichsministerien, die mit den Gegenproposalen unmittelbar zu tun haben, nahmen unter anderen von beratenden Mitgliedern der deutschen Industrie und Hochfinanz an der Sitzung teil: Hugo Stinnes, Reichsbankepräsident Erxleben, Fabrikant, Dr. Carl Feldt, Bankdirektor, Dr. Walter Kellen, Dr. Walter Kellen, der Präsident des Reichsinstitut für Statistik, Generaldirektor Günter, Geheimrat Dr. Wiedemann, Generaldirektor Gunt, Dr. v. Stauch, Silberkämmerer, Baltzsch, stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der christlichen Gewerkschaften, Geheimrat Adolf v. Sch. Romm, Rat Düsberg, Generaldirektor Rübner, Reichsinstitut für Statistik.

Der aus dem Kreis der Gewerkschaften gewählte Vertreter des Reichsinstitut für Statistik, Geheimrat Dr. Wiedemann, hat zum Zweck geübt, nach dem Zusammengetreten die Arbeit zu ordnen, daß die Verhandlungen sich nach über

Anforderungen:

Es ist eine dringende Forderung, daß die Presse der Tageszeitungen...

Zu dem Zweck drückt die 'Germania' aus...

Rechts ist sofort als absoluter Schwindler festgesetzt worden...

Rechtlich verfährt die 'Germania' in der Angelegenheit von A. K. Hoff...

Wenn die 'Germania' in diesem Fall noch behauptet, es liege kein Verbrechen vor...

Wegen des Ertragsminderungs Antrages...

Der weiteren wurde ein Schriftstück...

Die neuen Postgebühren

Der Reichstag hat sich gestern in einer langen Sitzung unter Vorsitz des Staatssekretärs...

Der Reichstag hat sich gestern in einer langen Sitzung unter Vorsitz des Staatssekretärs...

Wer hat Berlin im Januar 1919 gerettet?

Drei Tage vor der Neuwahl ermittelte der Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung...

Der Prozeß gegen die Führer der Roten Armee

Bei der weiteren Vernehmung des Angeklagten Garbis wurde aus den aufgefundenen Papieren die Anweisung...

Die Erbin von Lohberg

75) Roman von G. v. Adlersfeld-Walchsee.

Als ein Kenner der Stadt war Windmüller der Name dieses merkwürdigen Gebäudes bekannt...

urteilt, von dem Leonore zu berichten mußte, hat dem Haus keinen unheimlichen Ruf...

Am Nachmittag machte sich Windmüller auf, sein Geld zu verdienen...

Der weiteren wurde ein Schriftstück...

Wort (zum Angeklagten): Woher haben Sie denn diese Mitteilungen...

Wort: Ferner befindet sich hier bei den Akten ein Aktenstück gegen den Redakteur...

Ein Prozeß des Berliner deutsche Presse...

Auslandsbeauftragter der Leipziger Messe...

welcher jedem, der sie einmal gesehen, besonders das wunderbare Bild von Giorgione in Erinnerung bleibt...

So liebt die Windmüllerin...

(Fortsetzung folgt.)

Kurs der Berliner Börse vom 18. Februar.

(Die 4 der leuchtendsten Kurse sind vollständige Verzeichnisse.)

Bankdiskont

London, Disk. 3%, 120.000, 120.000, 120.000, 120.000
Paris, Disk. 4%, 100.000, 100.000, 100.000, 100.000
Lissabon, Disk. 6%, 80.000, 80.000, 80.000, 80.000
S. Amer., Disk. 10%, 50.000, 50.000, 50.000, 50.000

Devisenkurs

Land	Kurs
London	100.000
Paris	100.000
Lissabon	80.000
S. Amer.	50.000

Ueu. F. d. Anleihen

Art	Kurs
100.000	100.000
100.000	100.000
100.000	100.000

Städtische

Stadt	Kurs
Berlin	100.000
Paris	100.000
Lissabon	80.000

Kleinbahn-Aktien

Unternehmen	Kurs
Akt. 1	100.000
Akt. 2	100.000
Akt. 3	100.000

Kleinbahn-Obligationen

Unternehmen	Kurs
Obl. 1	100.000
Obl. 2	100.000
Obl. 3	100.000

Industrie-Obl.

Unternehmen	Kurs
Obl. 1	100.000
Obl. 2	100.000
Obl. 3	100.000

Sonstige Aktien

Unternehmen	Kurs
Akt. 1	100.000
Akt. 2	100.000
Akt. 3	100.000

Bank-Aktien

Bank	Kurs
Bank 1	100.000
Bank 2	100.000
Bank 3	100.000

Losanleihen

Art	Kurs
Los 1	100.000
Los 2	100.000
Los 3	100.000

Ausland Anleihen

Land	Kurs
Ausland 1	100.000
Ausland 2	100.000
Ausland 3	100.000

Die Kurse sind unter dem Kurs der Berliner Börse vom 18. Februar. Die Kurse sind unter dem Kurs der Berliner Börse vom 18. Februar.

Fortlaufende Notierungen

Art	Kurs
Notiz 1	100.000
Notiz 2	100.000
Notiz 3	100.000

Die Kurse sind unter dem Kurs der Berliner Börse vom 18. Februar. Die Kurse sind unter dem Kurs der Berliner Börse vom 18. Februar.

Bezugs...
Berliner...
Paris...
Lissabon...
S. Amer....

Zur Bildung einer nationalen Einheitsfront

Die Verhandlungen zwischen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei am 1. und 2. Februar

Am der „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“

Mit der Besprechung vom 1. Februar zwischen den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei und den Vorstehenden der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister Dergl, gibt der letztere die folgende Darstellung:

Am 31. Januar vormittags erfuhr ich im Reichstages von Eröffnung von Delbald, daß Dr. Stresemann im Laufe amnestend und noch mit gefragte habe. Später stellte sich heraus, daß nicht Herr Dr. Stresemann mich bejuchen wollte, sondern die Herren Dr. Nieber und Dr. Weker. Ich ließ Herrn Dr. Nieber mitteilen, daß ich in meinem Zimmer zur Verfügung stünde, und er erschien kurz darauf, indessen allein. Seine Ausführungen begannen er mit der Mitteilung, daß er zu einem vertraulichen Gespräch komme. Im Zusammenhang damit fragte er hinzu, ob Herr Dr. Weker später noch nachkommen würde, er könne aber schon im voraus mit mich mitteilen, was die Herren mit mir beizurechnen. Ich selbst erwiderte, daß selbstverständlich ich mit der Vertraulichkeit streng geachtet werden würde, und insbesondere dabei, indem ich auf die Zeit zeigte, die Anwendung; was hier in diesem Zimmer mit mir vertraulich besprochen wird, kommt nicht über die vier Wände dieses Zimmers hinaus.

Herr Dr. Nieber ging dann aus, daß nach „Herr“ Meinungs auch nach, daß es sich dabei um meine und Dr. Wekers Meinung über die Meinung von Parteifreunden der beiden Parteien handelte, die mit ihm auf demselben Standpunkt stehen.

zur Abwehr der Notizen der Entente

Die wichtige Aktion notwendig sei. Als solche wichtige Aktion wurde nur eine Koalition der sämtlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Reichssozialisten einzigartig in Betracht kommen.

Er fragte nun bei mir an, ob wohl die Deutschnationalen eine solche Aktion mitmachen bereit sein würden.

Ich habe dann zunächst gesagt, daß man doch von einer Koalition der Einheitsfront nur zu dem Zweck einer einheitlichen Abwehr der feindlichen Eroberungen sprechen könne; es könne mir aber nach dem, was wir am Abend schon über die Haltung der Reichssozialisten gehört hätten, — eigentlich wollten sie mit einer Sonderklärung zu den feindlichen Notizen vorgehen —, daß die Basis für die Bildung einer solchen Einheitsfront überhaupt sei. Wir, die Deutschnationalen, hätten bestimmte Wünsche bezüglich der Art der Abklärung. Herr Dr. Nieber sagte darauf, über das Mögliche könne ich noch verhandelt werden; selbstverständlich sei für ihn bei seiner Anfrage die Voraussetzung, daß es zu einer völligen Einmütigkeit in der Abklärung komme. Infolge etwaigen Wünschen in bezug auf die Form dieser Abklärung, z. B. über die Frage, ob man überhaupt in London verhandeln wolle ufm, könnten ja erwidern werden. Man sollte zunächst erst einmal davon ausgehen, daß in der Frage den Notizen gegenüber die einheitliche Haltung bereitgestellt werden könne.

Ich führte dann weiter aus, daß auch die Deutschnationalen die Notwendigkeit der Herstellung einer Einheitsfront zum Zweck der nationalen Abwehr

anzuerkennen. Erst gestern noch sei übereinstimmend vom deutschen Völkern und mit in zwei Berliner Versammlungen beide Notwendigkeit betont worden. Unsere Einheitsfront unterliegt sich aber von der von ihm geschriebenen dadurch, daß wir auf das Mittel der einheitlichen Regierungskoalition der Parteien verzichten zu können glauben. Unsere Einheitsfront würde ich mir so, daß man zunächst eine großzügige einheitliche Erklärung zur Unterbrechung der auszuübenden Regierungserklärung abgibt. Darüber hinaus könne man sich aber sehr wohl auch weiter verständigen, um die Abklärung zu fördern. Dazu gehörte z. B.

die Feststellung bestimmter Richtlinien für die Regierung, die Unterlassung parteipolitischer Auseinandersetzungen, die dauernde interrationale Stellungnahme, eventuell sogar die Verlagerung des Reichstages auf längere Zeit,

um die Regierung ganz von Parteiflühen unabhängig zu machen. Im späteren Verlauf der Unterredung habe ich noch diese Richtung als eine Möglichkeit noch weiter ausgebaut, — ich habe ausdrücklich hingewiesen, daß dies ein Gebote sei, das natürlich erst nach der Besetzung bedürfe, — daß unter Umständen sogar Minister gewissermaßen als Sachverständige oder freiwillige Diktatoren aus den verschiedenen Parteien

bestanden werden könnten, wodurch ein von Parteifreunden unabhängiges Kabinett gebildet würde. Für den Fall einer solchen Ministerbestellung würden die Deutschnationalen natürlich bereit sein, daß außer sozialistischen Vertretern dieser Art auch aus ihren Parteikreisen die entsprechenden Persönlichkeiten gestellt werden können. Zumeist aber ging ich davon aus, daß eine einheitliche Parteikoalition nicht nötig wäre.

Insgesamt stellte sich Herr Dr. Weker ein. Auf Wunsch des Niebers wiederholte ich ihm den Gehrag der bisherigen Verhandlungen, worauf er seinerseits den Gedanken der vorgeschlagenen Regierungskoalition nunmehr näher erweiterte. Er betonte wiederholt, daß es ohne einheitliche Parteikoalition nicht gehen würde, den erforderlichen Eindruck auf das Ausland bereitzustellen. Die Koalition sollte aber keineswegs eine innerpolitische sein, im Gegenteil, bedürfe es nur einer rein äußerlichen Wirkung, bloß zur nationalen Verteidigung. Im der inneren Politik sollten die Geschäfte

gang wie bisher fortgehen. Herr Weker meinte u. a., daß im Steuerungsmaß und in anderen Ausschüssen die Verhandlungen auch weiterhin in der bisherigen Weise verlaufen könnten, und auf meine Frage, wie er sich denn die Rückwirkung auf die

Stellung der Parteien im Wahlkampf

vorstelle, erwiderte er, der Wahlkampf solle von der neuen Koalitionsbildung ganz unberührt bleiben; dort müßten die Gegensätze ganz wie bisher angetragen werden, man könne den gemäßigten Parteien in dieser Hinsicht nichts schenken und es beste nicht daran, daß man etwa Zentrum oder Demokraten oder den sonstigen nur zu schonen habe. Demgegenüber äußerte ich lebhaftes Bedenken; wenn wirklich eine einheitliche Parteikoalition zustande komme, so müsse nach meiner Ansicht dem auch im Wahlkampf Rechnung getragen werden, man müsse dann Parteifreunden halten und sich gegenseitig schonen. Auch dies sei schon dem Grafen Westarp und mir in unseren geistigen Reden ausdrücklich hervorgehoben worden.

Wir könnten überhaupt eine Parteikoalition, zu der man etwa jetzt schreiten werde, nur als eine innerpolitische verstehen, die auch volleninhaltlich so gemeint sei und auch so aufgefaßt werde.

In einer solchen Weise mit oder allerdings eine unabhängige Notwendigkeit nicht vorzuliegen. Heute, unmittelbar vor den Wahlen vom 30. Februar, sei die Situation bezüglich der Volksstimmung viel zu unglücklich, um darauf eine innerpolitische Koalition von solcher politischer Bedeutung aufzubauen. Herr Dr. Weker erklärte darauf, daß eine wirkliche innerpolitische Koalition überhaupt nicht möglich sei, nicht nur die Deutschnationale Volkspartei,

sondern auch die Deutsche Volkspartei könne auf die Dauer mit der Reichssozialdemokratie nicht zusammengehen; eine solche Koalition müsse alsbald wieder von selbst zusammenbrechen. Man brauche jetzt nur eine Koalition nach außen hin, „auf 6 bis 8 Wochen“,

nur damit die Regierung die Verhandlungen in London mit der erforderlichen Kühnlichkeit erledigen könne. Von Herrn Dr. Nieber wurde gelegentlich bemerkt, daß man sich die Regierung so gebildet habe, daß von den Deutschnationalen nur

Minister ohne Portefeuille

geheilt würden — ein weiterer Beweis dafür, daß es sich um eine eigentliche innerpolitische Koalition nicht handeln sollte.

Wir schen ein solcher Vorschlag politisch unmöglich; die Koalitionen wären meiner Ansicht nach nur eine Scheinkoalition gemeint, die als solche sowohl von deutschen Volk wie von der Entente alsbald erkannt werden wäre und die Gefahr einer gewaltigen Enttäuschung in sich tragte. Ich habe diese meine Auffassung in die Worte gekleidet, daß wir, d. h. sowohl die Deutschnationalen wie auch die Deutsche Volkspartei — diese Vorschläge dem Volke m. G. gar nicht verständlich machen könnten; es genüge nicht, wenn die Parteileitungen etwa in Berlin am gleichen Tisch beizusitzen und vielleicht gute Worte dafür zu haben könnten, sondern die beiderseitigen Anhänger im Lande wollten die Sache doch auch verstehen, und eine künstliche Konstruktion werde diesen Wählermassen nicht eingehen; wir, die Deutschnationalen, hätten schon

das letzte Mal 4 Millionen Wähler

gehört, und wie tolle man denen, die bisher nach ganz anderer Richtung ausgerichtet seien, eine solche Lösung klar machen? Sie würden sich dagegen auflehnen und anstatt sie einmütig hinter der Koalition zu haben, was doch an sich notwendig wäre,

würde ich vielleicht eher wegschreit werden.

Herr Dr. Weker meinte, ich unterließe wohl das Streben nach einer Einigung in den Wählermassen, wie es nach seinen Informationen auch in den Kreisen der Deutschnationalen vorhanden sei. Nachdem ich wiederholt betont hatte, daß auch wir eine Einheitsfront wollten, die sich nur in den Realitäten von dem Vorschläge der beiden Herren unterschiede, und nachdem über die Möglichkeiten und die Aufhebung der von mir fragierten Einheitsfront und her gesprochen war — Herr Dr. Weker hielt u. a. die Selbstvertagung des Reichstages wegen des Widerstrebens der äußeren Kreise für nicht diskutabel —, äußerte ich die beiden Herren ihr lebhaftes Bedauern darüber, daß ich offenbar den von ihnen vorgeschlagenen Koalitionsgeboden für unausführbar halte und sie

daraufhin ihre Anrechnung für erledigt hielten.

Im Laufe der Besprechung war schon einmal von Herrn Dr. Nieber bemerkt worden, daß auch das Zentrum die von ihnen vertretene Auffassung teile. Jetzt am Schluß der Unterredung, während sich die Herren erhoben, teilte Herr Dr. Nieber sichtlich mit, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei sich schon am Tage vor der Angelegenheit befehligt habe und übereinstimmend — oder einstimmig — der Ansicht sei, daß die vorgeschlagene Koalition die einzig gebene Lösung sei. Davon, daß die beiden Herren im ausdrücklichen Auftrag ihrer Fraktionen gekommen seien und

ein offizielles Angebot

überbrachten, ist mir überhaupt nicht mitgeteilt worden. Die erwähnte Schlussbemerkung habe ich unmöglich als solches Angebot auffassen können, nachdem die Unterredung am Entschlo-

als vertraulich bezeichnet war, mit auch nicht Herr Dr. Stresemann als Fraktionsvorstehender gegenüberstand, sondern zwei Herren der Fraktion, von denen ich annehme, daß sie sich der Deutschnationalen Volkspartei im vorliegenden Falle besonders nahefühlen würden und bei mir in offener und freier, aber vertraulich ausgesprochenen Sphäre konsultieren wollten, ab etwa eine Aktion in der von ihnen vorgeschlagenen Weise mit Rücksicht auf Erfolg gemeinsam in die Wege geleitet werden könnte.

Unmittelbar nach der Unterredung fragten mich verschiedene Fraktionskollegen, so die Angehörigen von Dr. Delbald und Schluß-Brandenburg, was die beiden Herren der Deutschen Volkspartei bei mir gesagt hätten. Ich habe erwidert, daß die Besprechung von den Herren als streng vertraulich bezeichnet sei und ich mich dadurch gebunden fühle. Herr Dr. Delbald, der mich gleich darauf zu der von dem Minister Simon anbeiratenem Besprechung der Parteiführer absolvierte, habe ich gefragt, nähere Mitteilungen über die Unterredung machen zu sollen, weil die Anwesenden der Herren Dr. Weker und Dr. Nieber möglichstweise an dieser Konferenz von neuem den Gedanken der Erörterung bilden könnten. In der Konferenz ist aber von keiner Seite der Gedanke einer Parteikoalition berührt worden; im Gegenteil ging aus den verschiedenen Ausführungen der Parteiführer hervor, daß zurecht eine einheitliche

Parteikoalition von den Deutschnationalen bis zu den Reichssozialisten auszuführen

gemeint wäre.

Bei der Rückfrage in den Reichstags wurde mir ein

Artikel der B.S. am Mittwoch

vorgelegt, in dem zu meiner höchsten Überraschung von einem offiziellen Angebot der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen und dessen Ablehnung durch mich die Rede war. Nunmehr habe auch ich mich an die Vertraulichkeit der Besprechungunterredung nicht mehr gebunden, und zwar insofern, als ich — immer noch unter Zurückhaltung in bezug auf Einzelheiten — dem zurüchfrüher sich eben verammelnden Parteivorstand und dann der Reichstagsfraktion von den Hauptpunkten des Gesprochenen Mitteilung machte, die Zustimmung über die Angelegenheiten der Herren Nieber und Weker als offizielles Angebot betrachtet werden oder jetzt behandeln sollte, nunmehr in offizieller Weise eine Stellungnahme unserer Fraktion dazu anzunehmen. Dies wurde gutgeheißen.

Am Nachmittag sprach ich dann im Plenum des Reichstages Herrn Dr. Nieber in dem Betreff darüber aus, daß ich in der Presse mit einem offiziellen Angebot der Deutschen Volkspartei und seiner Ablehnung durch die Deutschnationalen gesprochen wurde, während doch nur ein vertrauliches Meinungsäußerung stattgefunden hätte. Er erwiderte, daß er selbst doch am Schluß der Unterredung den „Austausch“ seiner Fraktion ausdrücklich mitgeteilt

hätte, und sprach wiederholt sein Bedauern darüber aus, daß der Versuch zur Herstellung einer Koalition fehlergegangen wäre. Auf meinen Einwand, daß ja die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei nun überhaupt erst zu der Sache Stellung nehmen müsse, nachdem sie den Charakter der Angelegenheit als offizielles Angebot erfahren habe, erwiderte er beide und daß, daß ich nunmehr meine Fraktion offiziell mit dem Angebot befaßten, er aber in der, wie er sagte, unmittelbarer bevorstehenden Sitzung seiner Fraktion nun auch eine Entscheidung über die Bildung einer Einheitsfront und die dabei ermittelten weiteren Möglichkeiten zur Ausgestaltung dieser Einheitsfront zur Erörterung stellen sollte.

Er notiert sich darauf,

damit nicht neue Mißverständnisse vorkommen, die verschiedenen Punkte, nämlich ernstlich Vertrauenstatum und Beteiligung auf ein Regierungsprogramm mit demer, der Maßnahmens und andererseits die weiteren Möglichkeiten, wie Selbstvertagung des Reichstages und Ernennung von Ministern, die von den verschiedenen Parteien präferiert werden sollten, ohne daß letztere eine eigentliche Koalition bilden, — geoffenbar machen als freiwillig-diktatorischen Ministern.

Am 2. Februar vormittags erschienen die Herren

Dr. Weker und Dr. Nieber bei dem Grafen Westarp und mir,

um sich über die Notiz eines rechtsprechenden Berliner Blattes vom Nachmittage zuvor zu beschweren, in der behauptet war, daß zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei überhaupt noch keine Verhandlungen über eine Koalition der nationalen Verteidigung stattgefunden hätten. Ich habe mein Bedauern darüber ausgedrückt, daß diese Unrichtigkeit in die Presse gelangt sei; ich selbst stehe dieser Notiz völlig fern; sie erklärt sich daraus, daß ich die Unterredung vom 1. Februar die Mittag als streng vertraulich behandelt habe, und daher zu jener Zeit von Seiten meiner Fraktionskollegen in Ermangelung genuiner Kenntnis der Dinge eine andere Information als die beabsichtigte nicht wohl habe gegeben werden können. Die Quasipresse sei so aber, daß inzwischen meine Fraktion offiziell und die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut mit der Sache befaßt worden seien und man auf einen befristeten Verlauf der Angelegenheit hoffen könne. Daraufhin

erklärte indessen Herr Dr. Weker namens seiner Fraktion, daß er diese Sache mit der durch mich als Vorsitzender der deutschnationalen Fraktion am Tage zuvor ungewollentlich erklärten Ablehnung als erledigt ansehe.

Daß jene Unterredung habe mich auch offiziell an die Reichssozialisten gemeldet, und zwar ohne von der vorherigen Abklärung durch den Vorstehenden der Deutschnationalen Fraktion etwas zu sagen, was nicht dem Einwand aus-

Wegen zu wissen, ob die mehrheitlichdemokratische Partei auch jene „Abweisung“ beifolgt sei;

die Mehrheitssozialisten hätten die vorgeschlagene Koalition von den Deutschnationalen bis einschließlich Mehrheitssozialisten ihrerseits abgelehnt;

die Angelegenheit zu einer solchen Bildung sei also verpöht. Es wurden dann noch nähere Mitteilungen über die mit Herrn Dr. Reimborn bereits vor unserer Unterredung vom 1. Februar gepflogenen Verhandlungen gemacht. Im übrigen wurden die verschiedenartigen Auffassungen von dem Inhalt dieser Unterredung durchgesprochen, ohne daß eine Klärung der vorgekommenen Mißverständnisse möglich war. Dabei wurde von den Herren Dr. Nießer und Dr. Becker zur Unterstützung ihrer Angaben mitgeteilt, daß sie gleich nach Verlassen meines Zimmers eine Niederschrift über das von mir Gesagte angefertigt hätten.

Zusammenfassend habe ich zur Sache erklärt, daß wir nach dem Verhalten Herrn Dr. Nießers vom Nachmittage zuvor nicht hätten annehmen können, daß die Angelegenheit für die Deutsche Volkspartei erledigt sei, daß wir auch aus der Mitteilung über die augensichtliche Stellungnahme der Reichssozialisten diesen Schluß unsererseits nicht ziehen konnten, weil die Dinge oem Feindbund gegenüber ja noch völlig in Flut wären, und daß wir uns vorbehalten, nach Beratung in der Fraktion nunmehr von uns aus den abgebrochenen

Verhandlungen wieder anzuknüpfen und mit Vorschlägen wegen Bildung einer geeigneten Einheitsfront zu kommen.

Diese Vorschläge sind dann noch am selben Tage auf Grund eines einmütigen Beschlusses der Fraktion in einem an Herrn Dr. Stresemann gerichteten Schreiben der Deutschen Volkspartei unterbreitet worden. Aus diesem Schreiben hat sich ein weiterer Schriftwechsel entwickelt, der noch heute nicht abgeschlossen ist, jedoch erfreulicherweise erkennen läßt, daß die Auffassungen über das einerseits bis zur Londoner Konferenz und andererseits für den Fall ihres Scheiterns einzuschlagende Verfahren zur Bildung einer Einheitsfront durch- arä übereinstimmen. Das Weitere nach dieser Richtung muß abgewartet werden.

Die kommunistische Wahlparole

In einem Wahlaufreife der „Roten Fahne“ lesen wir folgende Sätze:

Proletariat! Laßt euch nicht wieder zum tausendsten Male einfangen durch heuchlerische Wahlsprechungen, und seien sie noch so eingehüllt in revolutionäre Phrasen wie bei den Unabhängigen.

Bekannt euch zu den unerbittlichen Feinden der Bourgeoisie und ihrer Demokratie!

wendet euch ab von denen, die offen diese Demokratie blutig verteidigen.

wendet euch ab von denen, die diese Demokratie un- scheidbar bekämpfen und nur für eine unheilbare Galt- biflutur zu haben sind.

Sendet unerbittliche Heinde des Parla- mens in Kerker, macht kommunistisch und bekennt so laut und vernehmlich, daß ihr nur in dem Kampf für die Liquidation des Parlamentes den einzigen Ausweg erkennt, und daß ihr zu diesem Kampfe fest und unbeugsam entschlossen seid.

Schöne Sätze haben vor einigen Tagen auch in dem Zentralorgan der „Unabhängigen“, der „Freiheit“, zum Ausdruck gefunden. In diesem Organ sind diese Ziele der Unabhängigen unteren Zeilen nicht mehr, aber die unverhüllte Form der Agitation als Wahl- parole (in einem demokratischen Staat) bemitt die Freiheit, mit der die Proletarier auf den Umsturz hinstreben, und be- leuchtet grell die ganze Größe der Gefahr für das Bürgertum. Im so genannten Kampf der Freiheit an- ansicht, um im neuen Reichsparlament eine Wechse- lsoffen, die gemitt ist, den oben genannten Zielen, der Parla- mentalen einschließen entgegenzutreten.

Die Arbeitlosenversicherung. Wie aus dem Reichsarchiv- ministerium mitgeteilt wird, wird dort gerade der Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Arbeitlosenversicherung vor- bereitet. In diesem Entwurfsstadium wird der Entwurf sich erst an dem Entwurfsausschuss des Reichstages an- schließen. Es ist zu hoffen, daß der Entwurf schon im März mit den Reichstagsräten, den Rändern und den Interpellanten er- öffnet werden kann.

Handwerker! Handwerkerinnen!

Folgt der beschlossenen Wahlparole. Gebt Eure Stimme nur der Partei, die uns hilft, organisierte Handwerkerführer in das Parlament zu entsenden. Sorgt dafür, daß unsere Flugblätter und Bekanntmachungen überall bekannt und befolgt werden. Meldet Euch zu Wahlhelfern für unsere Kandidaten.

Der Bundes-Vorstand.

Offizielle Bundeskandidaten zur Landtagswahl in Preußen.

Wahlbezirk	Deutschnationale Volkspartei	Deutsche Volkspartei	Christliche Volkspartei	Demokratische Volkspartei
Berlin	—	Klempnermeister Mulack-Berlin	—	Tischlermstr. Rahardt-Berlin
Potsdam I	Schmiedemeister Günther Neuhaus (Mark)	—	—	—
Potsdam II	Tischlermeister Rimbel-Berlin	—	—	Kammersekretär Wagner-Berlin
Frankfurt (Oder)	Kammer Syndikus Dr. Dolehoff Frankfurt (Oder)	—	—	—
Pommern	Buchdruckereibesitzer Graf Anklam Kammer Syndikus Mengel-Stettin	Maurermeister Moritz-Rolberg	—	—
Breslau	Schornsteinfegermeister Konrad-Breslau	—	—	—
Merseburg	Gärtnerereibesitzer Horn-Eilenburg	—	—	—
Erftal	—	Malermstr. Stein-Mühlhausen i. Th	—	—
Kassel	Berleger A. Werner-Riederkauungen	—	—	—

Nun seht selbst, wer die Partei des Handwerks ist, wer die Vertreter Eures Bundes an aussichtsreiche Stellen gesetzt hat!